

# Die integrative Schule ist nicht gescheitert

## Gastkommentar

von ERIC SCHERER

Regelmässige Überschriften in der NZZ und vielen anderen Medien scheinen eine deutliche Sprache zu sprechen: Die integrative Schule ist gescheitert. Bürgerliche Politiker postulieren das lauthals, während sich Vertreter der Behindertenindustrie heimlich über die Millionen freuen, die den «separierten Komplex» aus Sonderschulen, Heimen und geschützten Werkstätten stärken. Ein solches System braucht Nachwuchs – und wird über den Sonderschulweg perfekt beliefert. Das Konzept der integrativen Schule ist nicht gescheitert. Es ist ein Dauerprojekt, das sich über Jahrzehnte hinzieht.

Schon Wilhelm von Humboldt dachte 1809 die «Schule für alle» als Schmiede der Gesellschaft – als Ort, der Unterschiede überbrückt. In der Schweiz gibt es unzählige gelungene Beispiele für die schulische Integration von Kindern mit Behinderungen, und wer genauer hinschaut, stellt fest: Es geht häufig auch einfach ohne Fördermanie als zentralen Grund für die Separation. Wenn Politiker heute das Scheitern der integrativen Schule propagieren, machen sie vor allem ihr eigenes Versagen deutlich. Es fehlt an politischer Perspektive, politischem Willen und einem landesweiten Dauerprojekt. Ganz sicher fehlt es nicht am Geld.

Es scheint bequem, Problemkinder in die Sonderschule abzuschieben. Liest man die hierfür typischen Sonderschulempfehlungen, die Schulpsychologinnen und -psychologen landesweit ausstellen, findet man tausend Gründe für solche Überweisungen. Zu beobachten ist ein zunehmender Anteil an ADHS-, Autismus- und ähnlichen Diagnosen; eine Flut, die die Sonderschule heute kaum mehr bewältigen kann.

Die Kosten sprechen eine klare Sprache: Ein Kind in einer separierten Sonderschule kostet laut öffentlich zugänglichen Zahlen aus dem Kanton Bern jährlich rund 86 000 Franken, in einem integrierten Sonderschulsetting 45 000 Franken – verglichen mit 18 000 Franken in der Regelklasse. Hinzu kommen volkswirtschaftliche Folgekosten: Wer die Sonderschule besucht, landet mit grosser Wahrscheinlichkeit auch auf dem geschützten Arbeitsmarkt und in einem Heim. Über die gesamte Lebensdauer entstehen so Kosten, die weit höher sind als bei einer Person, die mit Unterstützung im ersten Arbeitsmarkt unterkommt. Die Frage sei erlaubt: Warum befürworten bürgerliche Politiker eine Schulpolitik, die zu massiven volkswirtschaftlichen Mehrkosten führt?

Die Schweiz hat vom Uno-Kinderrechtsausschuss eine Rüge erhalten. Während die einen jubeln und die anderen vom Reflex der «fremden Richter» getrieben werden, liegt das eigentliche Problem tiefer. Die Rechtslage wäre eigentlich klar: Von der ratifizierten Uno-Behindertenrechtskonvention über die Bundesverfassung bis zu den kantonalen Schulvorschriften gibt es wenig zu beanstanden. Das Problem liegt in der Rechtspraxis. Schriftsätze und Urteile bis hin zum Bundesgericht sind inhaltlich unvollständig, qualitativ schlecht und einseitig. Es gibt Argumentationsmuster, die sich auf jeden Fall anwenden lassen und stets zum Ausschluss inklusiver Beschulung führen.

Das Bundesgerichtsurteil im Fall aus dem Kanton Aargau illustriert dies exemplarisch: Das betroffene Kind könne nicht ausreichend am Unterricht teilnehmen, also sei es nicht integriert, also spreche nichts gegen eine Sonderschule. Das ist kein juristischer Höhenflug – es ist institutionalisierter Paternalismus: Ein Mensch mit Behinderung hat Probleme mit der Teilhabe, also wird sie ihm verwehrt. Von einem Kind mit Down-Syndrom zu erwarten, dass es den Schulstoff der 6. Klasse vollständig beherrscht, ist dieselbe absurde Logik, als würde man einem Rollstuhlfahrer im 100-Meter-Lauf die Teilnahme verweigern, weil er nicht schnell genug ist. Die Richter haben das Konzept der Teilhabe – und nichts anderes ist Inklusion – schlicht nicht verstanden.

Es ist genau dieser institutionalisierte Paternalismus, unter dem auch viele Erwachsene mit Behinderung leiden. Viel zu früh wurden sie auf einen Sonderschulweg geschickt, aus dem es kaum ein Entrinnen gibt. Das ist eine Peinlichkeit und ein grosser schwarzer Fleck in der Schweizer Bildungsgeschichte. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, zu fragen, wie die gegenwärtige Situation in Zukunft bewertet werden wird.